

Portugal

Ivan Jung

Am 1. Januar 2006 jährte sich der Beitritt Portugals (und Spaniens) zum 20. Mal. Seitdem hat sich in beiden Ländern sehr viel getan. In diesem Zeitraum erhielt Portugal insgesamt 42 Mrd. Euro aus dem Strukturfonds und sechs Mrd. aus dem Kohäsionsfonds. Von 2000 bis 2006 entfielen 16,5% auf die Wirtschaftsförderung, 12,6% auf arbeitsmarktpolitische Instrumente, Ausbildung und Soziales, 12,4% erhielt der Bereich Verkehr und 9,7% gingen an die Landwirtschaft. Konkret bedeutete dies eine Erweiterung des Autobahnnetzes von 196 km im Jahr 1986 auf heute 2.091 km. Im gleichen Zeitraum sank die Inflationsrate von 11,7% auf 2,2% und liegt somit auf EU-Durchschnitt. Aber auch auf die Lebensqualität hat sich der Beitritt ausgewirkt: Die Kindersterblichkeit sank von 15,8 auf 5,1 Kinder auf 1.000 Geburten. Ebenso stieg die Lebenserwartung der Erwachsenen von 70,3 Jahren auf 74,5 Jahren bei den Männern und von 77,1 Jahren auf 81 Jahren bei den Frauen.

Die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten bewegte die Sorge vor einer Schwemme billiger Arbeitskräfte aus der iberischen Halbinsel. Diese blieb jedoch unbegründet. Vor 20 Jahren war der Saldo aus Ein- und Auswanderung mit 26.949 Individuen noch negativ. Heute hat sich das Verhältnis ins Positive gekehrt, 47.229 Personen mehr kommen ins Land als es verlassen.¹

Angespannte wirtschaftliche Lage

Die Präsidentschaftswahlen am 22. Januar 2006 entschied mit Prof. Dr. Anibal Cavaco Silva (PSD) ein Sozialdemokrat für sich. Cavaco war bereits von 1985 bis 1995 Ministerpräsident des Landes – in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufbruchs nach dem EU-Beitritt. An die Stelle der Euphorie ist mittlerweile Ernüchterung getreten. Die Regierung des sozialistischen Ministerpräsident José Sócrates (PS) hat bei ihrem Amtsantritt im März 2005 das Land in einer schwierigen Phase übernommen. Nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 wandert ein Großteil der EU-Fördergelder, von denen Portugal lange profitiert hat, sowie der Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich in die neuen Mitgliedsländer im Osten. Es liegt der Schluss nahe, dass sich die Vorgängerregierungen nicht hinreichend auf diese neue, aber vorhersehbare Situation eingestellt haben.

Staatshaushalt

Eine besondere Herausforderung ist die Konsolidierung des Staatshaushalts, nachdem die EU 2005 gegen Portugal ein Defizitverfahren eingeleitet hat.² Nachdem ein „Kassensturz“ bei Amtsantritt im März 2005 ergeben hatte, dass sich das tatsächliche Haushaltsdefizit Portugals im Jahr 2005 auf fast 7% des BIP belaufen würde, war ein Sanierungskonzept zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits, auch vor dem Hintergrund des Stabilitäts-

1 Alle Zahlen wurden der Seite http://www.europa.eu.int/portugal/comemoracoes_20anos/portugal_numeros_9fev.pdf entnommen.

2 http://www.bayernlb.de/p/_de/downloads/offen/1310_volkswirtschaft/laender/Portu0806.pdf.

und Wachstumspakts der Europäischen Union, unvermeidlich. Die mittelfristige Finanzplanung der Regierung sieht eine Rückführung des Haushaltsdefizits auf unter 3% des BIP bis zum Jahr 2008 vor. Zur Verringerung der Neuverschuldung tragen in einer ersten Phase überwiegend höhere Einnahmen bei, u.a. durch die Anhebung der Mehrwert-, Tabak- und Mineralölsteuer und eine konsequentere Bekämpfung von Steuer- und Sozialabgabenhinterziehung.

Wirtschaftspolitik

Die Regierung muss jedoch darüber hinaus radikale Maßnahmen ergreifen, um eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft zu gewährleisten. Sie ist bemüht, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen, indem sie auf Verbesserung von Bildungs- und Ausbildungsstandards setzt und Forschung und Entwicklung fördert. Konkrete Maßnahmen sind die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Forschung und Entwicklung, die finanzielle Förderung der Vermittlung von Hochschulabsolventen an kleine und mittlere Unternehmen sowie von jungen Führungskräften in Praktika an ausländischen Hochtechnologiestandorten, die Neuausrichtung von EU-Förderprogrammen auf den Technologiebereich sowie ein umfassendes berufliches Aus- und Fortbildungsprogramm. Außerdem gehören die Verschlinkung der Bürokratie und Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln zum Maßnahmenkatalog.³

Hohe Arbeitslosigkeit und mangelndes Wachstum

Diese Reformen sind auch bitter nötig. Im Jahr 2005 betrug das Wirtschaftswachstum nach vorläufigen Berechnungen nur 0,3%. Für 2006 wird mit einem Wachstum des BIP von maximal 1% gerechnet. Die Arbeitslosenquote lag nach einem mehrjährigen Anstieg im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 7,6% (Vorjahr: 6,7%) und erreichte im 4. Quartal 2005 mit 8,0% (fast 500.000 registrierte Arbeitslose bei einer Einwohnerzahl von 10,5 Mio.) einen vorläufigen Höchststand. Der Anstieg ist einer der höchsten in der EU. Diese Lage dürfte sich in nächster Zukunft sogar noch verschärfen, da viele Unternehmen ihr Engagement in Länder verlagern, in denen man noch günstiger produzieren kann. Insbesondere die Textilindustrie ist hiervon betroffen. Aber auch im öffentlichen Sektor droht ein Stellenabbau. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung soll der Anteil der Staatsbediensteten von derzeit 15% auf 13,4% sinken, das Pensionsalter von 60 auf 65 Jahren angehoben werden und automatische Beförderungen entfallen.

Ausblick

Die Jahre der Aufholjagd sind vorbei und auch Einmaleffekte wie die kurzfristige wirtschaftliche Erholung während der Fußballeuropameisterschaft sind nur von kurzer Dauer. Die Herausforderung für die Regierung wird es sein, das Haushaltsdefizit bis 2008 signifikant zu senken, ohne dabei die schwache Konjunktur abzuwürgen.

Weiterführende Literatur

Maria do Rosário de Moraes Vaz: El triunfo de la normalidad, in: CIDOB Annual Report 2006.

³ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Portugal/Wirtschaft.html>.